

# die zeitung

 terre des hommes  
Hilfe für Kinder in Not

In Kooperation mit

Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft



terre des hommes Ruppenkampstraße 11a www.tdh.de  
Deutschland e.V. 49 084 Osnabrück 2. Quartal 2011



Foto: Michael Schulze von Glaßer

## Kinder im Visier

Wie die Bundeswehr an Schulen um Nachwuchs wirbt

Gewehr im Anschlag, Finger am Auslöser, ein Dorf mit Modellhäusern im Visier, über ihnen ein Tarnnetz – diese Fotos etwa zehnjähriger Kinder bei einem Tag der offenen Tür in einer Kaserne in Bad Reichenhall sorgten kürzlich für Aufsehen. Solche Veranstaltungen sind wichtiger Bestandteil der Werbestrategie der Bundeswehr. Die deutschen Streitkräfte benötigen jährlich 23.000 neue Rekruten. Die Aussetzung der Wehrpflicht hat den Rekrutierungsdruck verstärkt, die Werbemaßnahmen wurden ausgeweitet. Besonders an Schulen versucht die Bundeswehr, ihr Image aufzubessern und Nachwuchs zu werben. 2010 erreichten alleine die Jugendoffiziere und Wehrdienstberater der Bundeswehr 340.000 Schüler, darunter auch Kinder von elf Jahren. Viele Mädchen und Jungen interessieren sich anschließend für eine militärische Laufbahn, die sie in gefährliche Auslandseinsätze führen kann. Doch dagegen regt sich bei Schülern, Eltern und Lehrern immer mehr Widerstand.

Die Militärwerbung bei Minderjährigen verstößt gegen die Prinzipien der UN-Kinderrechtskonvention, die Deutschland und 192 wei-

tere Staaten unterschrieben haben. Die darin verbrieften Kinderrechte gelten für alle unter 18-Jährigen, darunter das Recht auf Leben und freie Entwicklung (Art. 6), auf körperliche Unversehrtheit und Schutz vor Gewalt (Art. 19) und auf eine Erziehung im Geiste von Frieden und Verständigung zwischen den Völkern (Art. 29). »Die Werbung Minderjähriger für lebensgefährliche militärische Einsätze ist mit den Kinderrechten nicht vereinbar«, so Danuta Sacher, Geschäftsführerin von terre des hommes. »Daher lehnt terre des

hommies Militärwerbung an Schulen generell ab.« terre des hommes, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die Kindernothilfe, das Darmstädter Signal (Kritische Soldaten) und andere Organisationen kritisieren auch die einseitige Darstellung der Themen Internationale Beziehungen, Sicherheit und Friedenserhaltung durch Jugendoffiziere im Unterricht. Bei ihren Schulbesuchen gibt es kaum Informationen über Risiken der Auslandseinsätze und getötete, verletzte oder traumatisierte Bundeswehrsoldaten sowie über die Gefahren der Konflikteskalation durch den Einsatz von Gewalt.

Ebenso wenig kommen Themen wie Gewaltfreiheit und zivile Konfliktlösung zur Sprache. Stattdessen wird die Notwendigkeit militärischer Interventionen betont und ein heroisches, verharmlosendes Bild solcher Einsätze gezeichnet. Auch Computer- oder Strategiespiele der Bundeswehr wie »Politik & Internationale Sicherheit« werden systematisch genutzt, um den Einsatz militärischer Gewalt bis hin zur Atombombe zu legitimieren. Jugendoffiziere spielten alleine 2010 mit über 24.000 Schülern und Lehrern dieses Spiel.

terre des hommes und die GEW setzen sich dafür ein, dass Kinder und Jugendliche in der Schule gewaltfreie Wege der Konfliktlösung kennenlernen. Friedenserziehung sollte ein wesentlicher Bestandteil des Lehrplans und der Ausbildung von Lehrern sein. Außerdem sollte der Besuch von Entwicklungs-, Menschenrechts- und Friedensexperten an Schulen gefördert werden. Nur wenn solche Experten und Eltern anwesend sind und für ausgewogene Informationen sorgen, sind Schulbesuche von Soldaten denkbar. Ansonsten sollte jede Art militärischer Werbung und Einflussnahme an Schulen strikt unterbunden werden.

Ralf Willinger

### Zwei Fragen an ...

Prof. Dr. Lothar Krappmann, von 2003 bis 2011 Mitglied im UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes



Wie beurteilt der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes die Rekrutierung 17-jähriger Freiwilliger, zum Beispiel in die Bundeswehr?

Der Ausschuss für die Rechte des Kindes begrüßt es, wenn Staaten sicherstellen, dass nicht nur die Wehrpflicht erst mit 18 Jahren einsetzt, wie es das Zusatzprotokoll verlangt, sondern auch Freiwillige erst mit 18 Jahren ins Militär aufgenommen werden. Er hat Deutschland aufgefordert, das Rekrutierungsalter auf 18 Jahre anzuheben. Bisher ist dies aber leider nicht geschehen. Falls auch 17-Jährige bereits in die Streitkräfte eintreten können, muss nach Auffassung des Ausschusses sichergestellt sein, dass die Entscheidung wirklich freiwillig ist und nicht durch einseitige Werbung und Ausnutzung von Notlagen manipuliert wird. Zustimmung der Eltern ist in jedem Fall erforderlich. Der Ausschuss drängt außerdem darauf, dass junge Menschen, die sich vor dem Alter von 18 dem Militär anschließen, ihre Entscheidung beim Übergang zur Volljährigkeit ohne Bestrafung oder Nachteile noch einmal revidieren können.

Wie beurteilt der Ausschuss Militärwerbung an Schulen, wie sie auch die Bundeswehr betreibt?

Der Ausschuss hat mit Kritik auf Informationen reagiert, dass Schulen und Schüler unter Druck gesetzt wurden, an Werbekampagnen teilzunehmen. Auch in dieser Hinsicht muss die Entscheidung von Schülern, Eltern und Schulen voll respektiert werden. Die Militärwerbung darf auf keinen Fall einseitig sein; Eltern sollten auch teilnehmen können. Generell erwartet der Ausschuss, dass Friedenserziehung gemäß den Bildungszielen der Konvention (Artikel 29) in den Lehrplänen und der Lehrerbildung fest verankert ist.

# Gefährliche Werbung

Bundeswehr lockt mit gutem Gehalt – Die Gefahr von Auslandseinsätzen wird oft verschwiegen

Kinder turnen auf Panzern herum, Schulklassen dürfen bei Kasernenbesuchen in den Schießsimulator, der als »tausendmal besser als jede PlayStation« angepriesen wird. Bundeswehrsoldaten machen Reklame auf Jobmessen, im Arbeitsamt und bei Jugendsportevents. Regelmäßig wird im Internet, in Schülerzeitungen und in Jugendzeitschriften wie »Spießer« und »Bravo« mit Anzeigen geworben. Die Bundeswehr wirbt systematisch um Kinder und Jugendliche – verstärkt auch in den Schulen.

## Gute Militäreinsätze?

Rund 100 hauptamtliche und 300 nebenamtliche »Jugendoffiziere« treten in ganz Deutschland bei Lehrerfortbildungen und in Schulklassen auf. Bei ihren Vorträgen legen sie nach eigenen Angaben den Schwerpunkt auf die Auslandseinsätze und die Gefahren des internationalen Terrorismus. Ziel sei es, bei der jüngeren Generation und den Lehrern ein gutes Bild der Truppe zu vermitteln und eine höhere Akzeptanz der Auslandseinsätze zu erreichen. Die Bundeswehr wertet regelmäßig aus, wie viele Schülerinnen und Schüler sich nach Schulbesuchen und anderen Werbeaktivitäten für eine Laufbahn beim Militär interessieren. Diese werden an die Wehrdienstberater vermittelt. Die sind direkt für die Rekrutierung zuständig und machen nach Angaben der Bundesregierung jährlich mehr als 10.000 Schulbesuche. 2010 erreichten sie zusammen mit den Jugendoffizieren 340.000 Jugendliche. Viele Eltern haben die Befürchtung, dass ihr Kind sich durch die systematische Werbung überzeugen lässt, zur Bundeswehr zu gehen und später zu lebensgefährlichen Auslandseinsätzen abkommandiert wird.



Systematische Werbung bei Kindern: Soldatentag in Münster

Foto: Michael Schulze von Gläßer

## Minderjährige Rekruten

Trotz der Gefahren lassen sich viele Jugendliche von guten Gehältern, festem Job, kostenlosem Studium und anderen Vergünstigungen der Bundeswehr locken – auch aus

Angst vor Arbeitslosigkeit und fehlenden Alternativen. Rund 1.000 17-jährige Jungen und Mädchen lassen sich jedes Jahr freiwillig von der Bundeswehr verpflichten, mustern lassen kann man sich schon mit 16.

Dies ist formal erlaubt, da es im Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention von 2002 eine Lücke gibt. Zwar wird dort die freiwillige und zwangsweise Rekrutierung von unter 18-Jährigen für Armeen und

bewaffnete Gruppen ausdrücklich verboten. Doch eine Ausnahmeregelung erlaubt staatlichen Streitkräften unter bestimmten Bedingungen die Rekrutierung von Freiwilligen über 16 Jahren. Dies hatten Deutschland, Großbritannien, die USA und andere Länder auf Drängen ihrer Militärs gegen den Widerstand von Kinder- und Menschenrechtsgruppen durchgesetzt. In Gesprächen mit terre des hommes und anderen Organisationen zeigte sich die Bundesregierung bisher nicht bereit, das Rekrutierungsalter für die Bundeswehr auf 18 Jahre anzuheben – obwohl auch der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes, der die Einhaltung der Kinderrechtskonvention und der Zusatzprotokolle kontrolliert, der Bundesregierung zuletzt 2008 empfahl, »das Mindestalter für die Rekrutierung auf 18 Jahre zu erhöhen, um den Schutz des Kindes durch insgesamt höhere gesetzliche Standards zu fördern«. Außer Deutschland rekrutieren nur 25 Länder weltweit unter 18-Jährige in ihre staatlichen Armeen.

## Straight 18

»Straight 18« bleibt eines der wichtigsten Ziele von Menschenrechtsgruppen und Zivilgesellschaft weltweit: Kein Kind unter 18 Jahren darf als Soldat eingesetzt oder ausgebildet werden, weder zwangsweise noch freiwillig. Denn das Grundprinzip der UN-Kinderrechtskonvention, die Deutschland unterschrieben hat, ist der Vorrang des Kindeswohls vor allen anderen Interessen – auch vor denen der Bundeswehr! terre des hommes setzt sich dafür ein, dass dieser Vorrang des Kindeswohls ins Grundgesetz aufgenommen wird, damit er endlich auch von Richtern und Behörden berücksichtigt wird.

Ralf Willinger

## ZAHLEN UND FAKTEN

- 2009 benötigte die Bundeswehr 23.000 neue Rekruten. Es konnten aber nur 21.000 rekrutiert werden, davon waren 7.800 Wehrdienstleistende. Der Druck zur Nachwuchswerbung wird weiter stark steigen.
- Nach Angaben der Bundeswehr läuft die Nachwuchsgewinnung in 2011 bisher gut.
- 340.000 Jugendliche erreichte die Bundeswehr 2010 alleine durch Werbeveranstaltungen von Jugendoffizieren und Wehrdienstberatern an Schulen.
- Rund 1.000 freiwillige 17-Jährige werden jedes Jahr von der Bundeswehr rekrutiert.
- Die Bundeswehr nimmt Einfluss auf die Lehrerausbildung: 1.100 Referendare nahmen 2009 an Bundeswehr-Lehrveranstaltungen teil, 3.300 Lehrer besuchten Fortbildungen.
- Seit 1998 gab es bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr 91 tote und 157 verwundete Bundeswehrsoldaten, darunter viele unter 25 Jahren, mehrere hundert kehren jährlich traumatisiert aus den Einsatzgebieten zurück
- Die Landeskultusministerien von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen, Sachsen und dem Saarland haben seit 2008 Kooperationsabkommen mit der Bundeswehr abgeschlossen, die den Zugang von Jugendoffizieren in die Klassenzimmer und zur Lehrerausbildung erleichtern.
- Die verfügbaren Haushaltsmittel für die Nachwuchswerbung der Bundeswehr sind von neun Millionen Euro (1998) auf 27 Millionen Euro (2010) gestiegen.

Quelle: Bundeswehr. Die Zahlen sind gerundet.

## INTERVIEW

# Gezeichnet fürs Leben

Als traumatisierter Soldat in der Bundeswehr

**Allein 2009 wurde bei 418 Bundeswehrsoldaten, die von Auslandseinsätzen zurückgekehrt waren, eine sogenannte posttraumatische Belastungsstörung diagnostiziert. Siegfried Zepfer\*, früherer Oberstleutnant, kam 1996 traumatisiert aus Bosnien zurück. Er prozessierte durch drei Instanzen gegen die Bundeswehr – und verlor.**

»Vor 15 Jahren wurde ich zum *Kriegszitterer*\*\*:. Ich bin stolz darauf, dass ich jetzt wieder einigermaßen klarkomme im Leben und Geld verdienen kann. Auch mein Vater war Soldat und ist aus der Kriegsgefangenschaft mit kaputter Seele zurückgekommen. Ich wollte trotzdem zum Bund, um mir meine Ausbildung finanzieren zu lassen. Ich studierte Wirtschaftswissenschaft und wurde Berufssoldat. Im Jahr 1996 wurde ich dann nach Bosnien abkommandiert.

Im kroatischen Split geriet unser Fahrzeug in eine serbische Stellung. Die Serben entscherten ihre Schusswaffen... Ich hatte Todesangst, wollte alle erschießen. Hinterher bin ich total erschrocken, beinahe hätte ich, der Familienvater, mich verhalten wie ein Killer. Später erfuhr ich, dass der Fahrer

Gas gegeben und die Sperre durchbrochen hatte.

Nach dem Vorfall ging es mir schlecht. Das Zittern wurde immer schlimmer, ich verspürte Fluchtbedürfnisse. Ich warf meinen Vorgesetzten vor, mich ohne ausreichende Sicherung losgeschickt zu haben, und verweigerte den weiteren Einsatz. Sie stießen Drohungen aus, und mein Chef sagte, er könne nicht mehr für meine Sicherheit sorgen. Nach einer Kur in Deutschland sollte ich zurück nach Bosnien. Da bin ich völlig zusammengebrochen.

Die Ärzte bescheinigten mir ein chronisches posttraumatisches Belastungssyndrom (PTBS), vermutlich chronisch geworden, weil es zu spät behandelt wurde. Das Max-Planck-Institut Köln bestätigte das Trauma mit Hirnstrommessungen. Ende 1998 wurde ich frühpensioniert, zunächst ausdrücklich wegen einer Wehrdienstbeschädigung durch PTBS. Ich brach alle sozialen Kontakte ab, wohnte anderthalb Jahre auf dem Campingplatz. Die Natur half mir. Aber meine Frau sagte, man halte es mit mir nicht mehr aus und ließ sich scheiden.

Die Bundeswehrverwaltung wollte mein Trauma nicht anerkennen, um keine Präze-

denzfälle zu schaffen. Sonst wolle jeder Soldat, der einen Schuss gehört hat, in Pension. Ich zog vor Gericht und bekam Recht. Doch die Bundeswehrverwaltung legte Berufung ein und gewann: Die anderen Soldaten seien während des Vorfalls in Kroatien ja auch nicht traumatisiert worden, also müsse es an meiner Person liegen, so die Begründung. Und dabei blieb es, die dritte Instanz lehnte aus formalen Gründen ab.

Ich machte eine Spezialtherapie, die bei Vietnamveteranen erprobt worden war, das brachte Linderung. Schließlich bin ich umgezogen, in eine andere Stadt, in ein neues Leben. Ich hatte das Gerede von der *Psychomacke* satt. Für Männer ist das sehr schwierig, man will doch kein Weichei sein.

Den Soldaten im Auslandseinsatz wird vorgegaukelt, für sie werde gesorgt. Sie müssen aber wissen, dass die Traumatisierungsgefahr bei etwa zehn Prozent liegt. Und dass dann oft nicht für sie gesorgt wird. Jeder Soldat sollte sich deshalb vorher schriftlich geben lassen, was er bekommt, wenn sein Bein fehlt. Damit den Jungs nicht passiert, was mir passiert ist.«

Aufgezeichnet von Ute Scheub

\* Name geändert

\*\* Bezeichnung für traumatisierte Soldaten seit dem Ersten Weltkrieg

# Erziehungsgrundsatz: Gewaltfreiheit

Schule ist kein Rekrutierungsfeld für Bundeswehr

Die Krisen im vorigen Jahrhundert waren wesentlich von der Systemauseinandersetzung zwischen den westlichen kapitalistischen Demokratien und dem sozialistischen Ostblock geprägt. Die Bundeswehr war als Verteidigungsarmee innerhalb der deutschen Grenzen als vorgeschobener Brückenkopf des NATO-Bündnisses konzipiert. Auslandseinsätze waren nicht vorgesehen. Auch wenn nicht alle Deutschen Pazifisten waren, eine Überzeugung einte nach den Erfahrungen zweier Weltkriege die ganz große Mehrheit: Nie wieder Krieg! Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Im Zuge der Entspannungspolitik verloren die Bedrohungsängste »vor dem Kommunismus« an Bedeutung. Das im Grundgesetz verankerte Recht auf Kriegsdienstverweigerung wurde zu einem selbstverständlichen und häufig in Anspruch genommenen Bürgerrecht.

Nachdem die Systemauseinandersetzung zugunsten des kapitalistischen Westens erst einmal entschieden war und manche sich schon am »Ende der Geschichte« wähnten, wurde schnell klar, dass die Versorgung mit Energie und Rohstoffen sowie die Sicherung einer »grenzenlosen« Marktfreiheit zu den zentralen Krisenherden des zweiten Jahrtausends würden. Die Selbstmord-Attentate der Terrororganisation

Al-Qaida vom 11. September 2001 auf das World-Trade-Center in New York und das Pentagon in Washington wurden der vorgebliche Auslöser zum Krieg der USA in Afghanistan und Irak. Seither gerät Deutschland zunehmend unter Druck, sich im Rahmen der NATO bzw. von UNO-Einsätzen verstärkt auch im Ausland zu engagieren. Dies bringt den Umbau von einer Verteidigungs- zu einer Interventionsarmee und von einer Wehrpflichtigen- zu einer Freiwilligenarmee mit sich. Da die USA als selbst ernannter »Weltpolizist« ökonomisch offenbar zunehmend an ihre Grenzen stoßen, soll die Europäische Union und da vor allem das ökonomisch starke Deutschland, diese Funktion insbesondere rund um das Mittelmeer übernehmen. In dem Maße wie sich Deutschland heraushält, wächst der internationale Druck, während in der Bundesrepublik noch gar nicht richtig verstanden wird, worum es eigentlich geht.

Eine Freiwilligenarmee als Interventionsarmee braucht Freiwillige – und zwar gut ausgebildete, die in der Lage sind, physisch, psychisch, mental und intellektuell die Herausforderungen eines Einsatzes in fremden Kulturen und ungewohntem Klima zu über-

stehen. Aber ausgerechnet unsere Abiturienten bildeten in der Vergangenheit die Spitze der Kriegsdienstverweigerer und dürften auch heute – nach Außerkraftsetzen der Wehrpflicht – nicht freiwillig in die Offizierslaufbahn drängen. Die Bundeswehr hat mit ihrer neuen Strategie ein ernsthaftes Problem, die passenden Menschen zu finden, diese umzusetzen.

Damit kommt die Schule verstärkt ins Spiel als der Ort, an dem jungen Männern und mittlerweile auch jungen Frauen die »Karriere in der Bundeswehr« schmackhaft gemacht werden soll. Denn das Nachwuchsproblem der Bundeswehr wird wohl weder durch die geplante Freiwilligenarmee noch die Charme-Offensive auf YouTube, in Film, Funk und Fernsehen zu lösen sein. Nicht einmal die geplanten individuellen Berufsausbildungskonzepte für junge Leute mit niedrigem oder ohne Schulabschluss dürften dazu in der Lage sein. Wer begibt sich schon in Zeiten steigenden Fachkräftemangels in ein Berufsfeld, in dem die Chancen auf frühe Invalidität oder gar Tod um ein

Vielfaches höher sind als im zivilen Leben.

Offenbar unzufrieden mit der Nachfrage aus Schulen – Jugend-

offiziere dürfen nur kommen, wenn sie eingeladen werden – haben seit 2008 die Kultusminister von mittlerweile acht Bundesländern sogenannte Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr abgeschlossen – und zwar parteiunabhängig. Mit den Vereinbarungen sollen die Akzeptanz für die schulischen Aktivitäten der Jugendoffiziere verbessert und im Unterschied zur bisherigen Praxis auch die Lehrerausbildung als Betätigungsfeld eröffnet werden. Dies ist jedoch nicht akzeptabel. Nach Protesten der GEW hat das Saarland die Tätigkeit von Jugendoffizieren in Studienseminaren für angehende Lehrer gestoppt.

Je offensiver die Bundeswehr aber für sich und ihre sicherheitspolitische Strategie wirbt, desto aufmerksamer wird eine kritische Öffentlichkeit. Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat im März 2010 einen Beschluss gefasst, in dem er mit Nachdruck feststellt: Lehrkräfte »erziehen ihre Schülerinnen und Schüler zu demokratischem Handeln, Kritikfähigkeit, Gewaltfreiheit und Toleranz und beteiligen sie an allen wichtigen Entscheidungen der inhaltlichen und methodischen Gestaltung des Lernens. Die politische Bildung – auch in Fragen der Sicherheitspolitik – gehört in die Hand der dafür ausgebildeten pädagogischen Fachleute und nicht in die von Jugendoffizieren«. Und: »Friedensorganisationen und Friedensinitiativen sind die gleichen Möglichkeiten wie der Bundeswehr einzuräumen, ihre Konzepte zu erläutern.«

Die GEW fasst jedoch nicht nur Beschlüsse. Sie präsentiert Informationen im Internet, unterstützt friedenspädagogische Aktivitäten und plant für den Herbst 2011 eine Informationsbroschüre für Schulen. Dort, wo Sozialdemokraten oder Bündnis 90 / Die Grünen an Regierungen beteiligt sind, dringt die GEW mit einigem Erfolg darauf, Friedensinitiativen den gleichberechtigten Zugang zu Schulen zu sichern. Allerdings zeigt sich dabei deutlich das Ungleichgewicht zwischen Bundeswehr und Friedensbewegung. Erstere ist bestens ausgestattet und aus Steuermitteln finanziert, arbeitet mit rhetorisch geschultem hauptamtlichem Personal, zweite ist ehrenamtlich tätig und auf private Spenden angewiesen.

Doch es kann nicht nur die Aufgabe der Zivilgesellschaft sein, gewaltfreie Sicherheitskonzepte zu entwickeln und zu finanzieren. Die fehlende Nachhaltigkeit militärischer Interventionspolitik, ihre hohen zivilen und militärischen Opfer sowie ihr äußerst schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis sollten Anlass genug auch für die Parlamente sein, praktikable Konzepte ziviler Sicherheitspolitik in großem Stil zu entwickeln und die Arbeit von Friedensinitiativen großzügig finanziell zu unterstützen. Der Ausstieg aus der militärischen und der Umstieg zu einer zukunftsfähigen, nachhaltigen Sicherheitspolitik stehen als gesellschaftliches Projekt auf der politischen Agenda!

Marianne Demmer,  
GEW-Vorstandsmitglied Schule



Technikbegeisterung:

An Soldatentagen dürfen Kinder an Kanonen

Foto: Michael Schulze von Gläber

## Der Widerstand wächst

Bundesweit werden Bürger gegen Militärwerbung an Schulen aktiv

Immer mehr Eltern, Schüler, Lehrer und Aktivisten schließen sich zu Bündnissen gegen die Bundeswehr-Werbeoffensive an Schulen zusammen. Ein Ziel ist, dass Schulen gar keine Soldaten mehr einladen oder dies ausschließlich im Rahmen offener Veranstaltungen geschieht, bei denen mit Eltern und anderen Experten kontrovers diskutiert werden kann. Denn darüber kann jede Schule autonom entscheiden. Ein zweites Ziel ist die Auflösung der bestehenden Kooperationsvereinbarungen zwischen Bundeswehr und Kultusministerien, die in acht Bundesländern bestehen.

In Freiburg beteiligt sich auf Initiative der GEW ein Runder Tisch an der landesweiten Kampagne »Schulfrei für die Bundeswehr«. Daran beteiligen sich neben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und terre des hommes die Deutsche Friedensgesellschaft, Pax Christi und viele andere Organisationen. Sie rufen dazu auf, Landtags- und Bundestagsabgeordnete über [www.abgeordnetenuatch.de](http://www.abgeordnetenuatch.de) kritisch zum Thema zu befragen. In Lübeck hat sich ein Bündnis von

terre des hommes, VVN-BdA und dem Friedensforum Lübeck mit einem Brief an alle Schulleiter, Elternbeiräte und Schülervertretungen gewandt. Obwohl es in Schleswig-Holstein bisher keine Kooperationsvereinbarung gibt, sind dort wie in allen Bundesländern Schulbesuche der Jugendoffiziere gängige Praxis.

Schülern einer Berufsschule in Gelnhausen gelang es, einen Jugendoffizier zum Rückzug zu bewegen: Nachdem ihm die Schüler einen kritischen Fragenkatalog geschickt hatten, erteilten ihm seine Vorgesetzten plötzlich keine Genehmigung mehr für den Schulbesuch.

Immer mehr Schulen verweigern die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr. So hat die Schulkonferenz (Lehrer, Eltern und Schüler) der Käthe-Kollwitz-Schule in Offenbach beschlossen, keine Besuche von Jugendoffizieren zuzulassen. Die Begründung lautete unter anderem: »Die Bundeswehr ist keine Verteidigungsarmee mehr. Sie ist eine Armee im Einsatz und dient den Interessen der Wirtschaft, wie der Sicherung der Rohstoff- und Warenströme, der Transportwege. Wir wollen nicht,

dass unsere Schülerinnen und Schüler für einen Krieg gegen andere Völker rekrutiert werden.«

Ebenso lehnt das Berliner Robert-Blum-Gymnasium eine Zusammenarbeit mit der Bundeswehr grundsätzlich ab. Das vermeintliche Lösen von Konflikten mit militärischer Gewalt widerspreche der an der Schule gepflegten Kultur und den Erziehungsidealen: »Wie sollen wir Jugendliche zum gewaltfreien Lösen von Konflikten erziehen, wenn das Vertreten von Wirtschafts- oder Länderinteressen mit militärischen Mitteln von uns mit unterstützt wird?«

Auch viele Eltern sind beunruhigt. Der bayerische Elternverband hat deshalb eine Petition an den Landtag gerichtet, die unter anderem ein Recht auf Ersatzunterricht bei Soldatenbesuchen einfordert. Immer mehr Schüler und Eltern beantragen vorbeugend einen solchen Ersatzunterricht aus Gewissensgründen.

Ein Musterantrag für Ersatzunterricht, ein kritischer Fragenkatalog und viele Infos unter [www.tdh.de/schule-ohne-militaer](http://www.tdh.de/schule-ohne-militaer)

## FORDERUNGEN

## Was fordern terre des hommes und GEW?

1. Stopp jeder Art militärischer Werbung an Schulen und bei Minderjährigen! Alle Kooperationsabkommen zwischen Kultusministerien der Länder und der Bundeswehr sollen gekündigt werden. Denn militärische Werbung bei Minderjährigen widerspricht den Prinzipien der UN-Kinderrechtskonvention

2. Stopp der Rekrutierung 17-jähriger Freiwilliger durch die Bundeswehr! Denn damit wird die 18-Jahresgrenze der UN-Kinderrechtskonvention und ihrer Zusatzprotokolle unterlaufen, nach der alle unter 18-Jährigen Kinder sind und als solche besondere Schutzrechte haben. Die Bundesregierung wurde schon mehrfach vom UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes aufgefordert, das Rekrutierungsalter auf 18 Jahre zu erhöhen.

3. Friedenserziehung verbindlich in den Lehrplänen und der Lehrerfortbildung verankern! Dies fordert auch der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes ausdrücklich von Deutschland. Die Verpflichtung dazu folgt aus Art. 29 der Kinderrechtskonvention.

## Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist das starke Team für über 260.000 Frauen und Männer, die in pädagogischen und wissenschaftlichen Berufen arbeiten: in Schulen, Kindertagesstätten, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen. Auch Studierende sowie arbeitslose Pädagoginnen und Pädagogen sind gleichberechtigte Mitglieder in der GEW. Sie ist die Bildungsgewerkschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Gemeinsam gestalten wir gute Arbeitsbedingungen, streiten für faire Entgelt- und unbefristete Arbeitsverträge, sichern Arbeitsplätze im Bildungsbereich und setzen uns für die professionellen Interessen der Mitglieder ein. Die GEW ist parteipolitisch unabhängig, aber nicht unparteiisch. Wir ergreifen Partei für die Beschäftigten sowie für die Entwicklung und den Ausbau eines demokratischen Bildungswesens. Als Bildungsgewerkschaft sind wir sowohl gewerkschaftliche Interessenvertretung für die Mitglieder als auch eine starke bildungs- und tarifpolitische Stimme in der Bundesrepublik Deutschland.

## terre des hommes

### Hilfe für Kinder in Not

Unser Ziel ist eine »terre des hommes«, eine »Erde der Menschlichkeit«. Wir helfen Straßenkindern, verlassenem und arbeitenden Kindern, kümmern uns um die Opfer von Krieg und Gewalt und sorgen für die Ausbildung von Kindern. Wir unterstützen Jungen und Mädchen, deren Familien an Aids gestorben sind, setzen uns ein für die Bewahrung der biologischen und kulturellen Vielfalt und für den Schutz diskriminierter Bevölkerungsgruppen.

terre des hommes Deutschland e.V. wurde 1967 von engagierten Bürgern gegründet, um schwer verletzten Kindern aus dem Vietnamkrieg zu helfen. Der Verein ist unabhängig von Regierungen, Wirtschaft, Religionsgemeinschaften und Parteien und fördert in 31 Projektländern über 400 Projekte für notleidende Kinder.

terre des hommes schickt keine Entwicklungshelfer, sondern unterstützt einheimische Initiativen. Unsere Projektpartner vor Ort bauen Schulen und Kinderschutzzentren und betreuen Kinder. Dabei richtet terre des hommes seine Arbeit konsequent an den Kinderrechten aus.

In Deutschland engagieren sich Menschen in 146 Orten ehrenamtlich für Kinder. Machen auch Sie mit, Sie sind herzlich eingeladen.

**Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit!**

Spendenkonto 700 800 700,  
Volksbank Osnabrück eG, BLZ 265 900 25

# Friedliche Auswege

## Friedenserziehung in der Projektarbeit von terre des hommes – Beispiel Kolumbien



»Für das Glück aller Kinder der Welt«: Kinder in Popayán beteiligen sich an der Aktion Rote Hand und setzen ein Zeichen gegen den Einsatz von Kindern als Soldaten

Foto: Simon Bösterling

In Kolumbien, wo ein jahrzehntelanger bewaffneter Konflikt zwischen Regierung, Guerilla und Paramilitärs herrscht, ist der Alltag oft von Gewalt geprägt. Die Stadt Popayán im Süden Kolumbiens leidet an einer besonders hohen Gewalt- und Kriminalitätsrate unter Jugendlichen. Es gibt viele Jugendbanden, denen sich Mädchen und Jungen anschließen. Militär und Polizei haben eine immense Präsenz und beeinflussen Kinder in ihrer Wahrnehmung, wie sich Konflikte lösen lassen. Der terre des hommes-Projektpartner »CCJP« versucht, diesen Kreislauf zu durchbrechen. In einem Armenviertel am Stadtrand wurde mit der »Casa de la Juventud«, dem »Haus

der Jugend«, ein Ort gegründet, der täglich Kindern offensteht und an dem sie gemeinsam lernen, Konflikte gewaltfrei auszutragen. Mehrmals die Woche finden Workshops statt, in denen Mädchen und Jungen mit Hilfe von Rollenspielen einen verantwortungsvollen Umgang miteinander lernen. Dabei bauen die Kinder und Jugendlichen Vertrauen auf, das sie in ihrem sozialen Umfeld oft nicht erfahren. Sie lernen ihre Rechte kennen, unternehmen gemeinsame Ausflüge und organisieren Kunst- und Sportveranstaltungen, um den öffentlichen Raum wieder zu einem friedlichen Ort für alle zu machen. Mehr als 500 Kinder und Jugendliche besuchen regelmäßig das

Zentrum. Die Institution ist zu einer sichtbaren gewaltlosen Alternative im Stadtteil geworden. Nachbarschaftsräte und andere Organisationen aus dem Viertel arbeiten mit CCJP zusammen und haben begonnen, eigene Aktionen zum Thema Konfliktprävention durchzuführen.

Seit mehr als 40 Jahren setzt sich das Kinderhilfswerk terre des hommes weltweit für Kinder in Not ein. In vielen Projekten ist die Friedensarbeit einer der Schwerpunkte. Gefördert wird eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit – eine Grundvoraussetzung für den Schutz und die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.

Athanasios Melissis

## WAS KÖNNEN SIE TUN?

### Lehrer, Eltern und Schüler können viel bewegen

1. Die Schule entscheidet über Bundeswehrwerbung bei Kindern! Informieren Sie andere Schüler, Eltern und Lehrer, bringen Sie das Thema in der Schülervertretung, auf einem Elternabend, in einer Lehrer- oder Schulkonferenz zur Sprache und kontaktieren Sie die Schulleitung, damit die Schule generell auf einseitige Bundeswehrwerbung im Klassenzimmer verzichtet – denn die Entscheidung darüber liegt alleine bei der Schule, nicht beim Kultusministerium.

2. Unterrichtsbefreiung für Ihr Kind: Hinterlegen Sie vorsorglich beim Klassenlehrer Ihres Kindes eine kurze Erklärung, damit Ihr Kind vom Unterricht mit Beteiligung der Bundeswehr befreit wird bzw. Ersatzunterricht in einer anderen Klasse bekommt. Als Begründung reichen Wissensgründe bzw. der Hinweis auf die gewaltfreie Erziehung Ihres Kindes aus – dies wurde beispielsweise von der bayerischen Landesschulbehörde bestätigt.

## MATERIALIEN UND LINKS

- **Buchtipps**  
Schulze von Glaßer, M.: An der Heimatfront: Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung
- [www.tdh.de/schule-ohne-militaer](http://www.tdh.de/schule-ohne-militaer)
  - weitere Infos und Links zum Thema
  - Musterantrag zur Befreiung vom Unterricht mit Bundeswehr
  - Kritischer Fragenkatalog an Soldaten
  - Brief an den Bundesverteidigungsminister von der GEW, terre des hommes, dem Darmstädter Signal (Kritische Soldaten), der Kindernothilfe, dem Deutschen Bündnis Kindersoldaten, dem Forum Menschenrechte und zahlreichen weiteren Organisationen.
- [www.gew.de/bundeswehr.html](http://www.gew.de/bundeswehr.html)
- [www.darmstaedter-signal.de](http://www.darmstaedter-signal.de)  
Verband Kritischer Bundeswehrsoldaten
- [www.bundeswehr-monitoring.de](http://www.bundeswehr-monitoring.de)  
Zahlen, Dokumente und aktuelle Nachrichten
- [www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr.de](http://www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr.de)

### Impressum

**Herausgeber:**  
terre des hommes Hilfe für Kinder in Not  
Ruppenkampstraße 11a, 49084 Osnabrück  
Spendenkonto: 700 800 700,  
Volksbank Osnabrück eG, BLZ 265 900 25  
Spenden sind steuerlich absetzbar.  
Telefon: 05 41/71 01-0, Telefax: 05 41/70 72 33  
eMail: [info@tdh.de](mailto:info@tdh.de), Internet: [www.tdh.de](http://www.tdh.de)  
**Redaktion:** Wolf-Christian Ramm (verantwortlich),  
Athanasios Melissis, Ralf Willinger  
**Redaktionsassistent:** Cornelia Dernbach

Die Beiträge geben die Meinung der jeweiligen Organisation wieder.

**Erscheinungsweise:** 4 Mal jährlich  
**Gestaltung, Satz:** sec GmbH, Osnabrück  
**Druck, Buchbinderei:** Rieck, Delmenhorst  
**Auflage:** 12.000, gedruckt auf Recycling-Papier  
Verkaufspreis durch  
Spende abgegolten.  
Der Zeitung liegt ein Überweisungsträger bei.

**GOGREEN**

Der CO<sub>2</sub>-neutrale Versand mit der Deutschen Post

Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen/DZI



DZI Spenden-Siegel: Geprüft + Empfohlen

terre des hommes ist Träger des Spendensiegels des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI). Das DZI bescheinigt terre des hommes mit diesem Siegel eine transparente Mittelverwendung, eine sachliche und wahrhaftige Information und Werbung und angemessene Verwaltungsausgaben.